

Die soziale Spaltung bekämpfen

2010 beginnt ein Jahrzehnt zentraler Weichenstellungen. Wir sind konfrontiert mit nochmals beschleunigter Internationalisierung der Wirtschaft, mit einer Neuverteilung der globalen Gewichte, mit steigender Nachfrage nach Energie und Rohstoffen, der Suche nach einem nachhaltigen Wachstumsmodell, nach einer verbindlichen Ordnung für die Finanzmärkte und nach einem Ausweg aus der sozialen Spaltung der Gesellschaften. Deregulierung ist als Lösungsweg für alle Probleme am Ende. Wir brauchen einen neuen politischen Aufbruch und neue Antworten. Als eine der größten Volkswirtschaften muss unser Land Vorreiter sein.

Schwarz-Gelb bedeutet die Rolle-rückwärts in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: Radikalisierendes Konkurrenzdenken und rücksichtslose Vorteilsuche auf Kosten des Gemeinwohls. Spätestens durch die Gefahren und Kosten des Klimawandels und der Finanzmarktkrise ist dieses Politikmodell ad absurdum geführt. Schwarz-Gelb riskiert damit Deutschlands Zukunft.

Wir wollen gesellschaftlichen Fortschritt. Das heißt: nachhaltig erwirtschaftetes Wachstum und neue Arbeit mit Teilhabe und Integration zu vereinen.

Umfassendes Konzept für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Im Folgenden stellen wir zentrale Inhalte des Positionspapiers dar, das die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausur am 15. Januar vorgelegt hat. Es bildet die Grundlage unserer programmatischen Arbeit in den kommenden zwei Jahren. Wir werden gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts entwickeln. Parallel dazu bringen wir unsere Forderungen und Vorschläge in den Bundestag ein.

Nachhaltiges Wachstum braucht ökologisch innovative Produktion

Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den ökologischen Umbau der Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung sowie der CO₂-Minderung; kurz: für den Umbau der gesamten Wirtschaft. Wir brauchen das produzierende Gewerbe für hochwertige Arbeitsplätze und als Kern für unternehmensnahe Dienstleistungen. Sie erschließen ein enormes Potenzial für neue Exporte und damit für neue Beschäftigung.

- Eine industriepolitische Strategie muss steigende öffentliche und private Investitionen in Schlüsseltechnologien, in intelligente Infrastrukturen, in die Qualifikation der Arbeitskräfte mit langfristig angelegten Unternehmensfinanzierungen verbinden. Wir wollen die öffentlichen Investitionen in Innovation und Infrastruktur steigern. Das erfordert einen handlungsfähigen Staat und stabile Einnahmen der Kommunen.
- Der Atomausstieg muss wie vor zehn Jahren beschlossen umgesetzt werden. Er ermöglicht eine Investitionsoffensive der Kraftwerksbetreiber in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, intelligente Netze und optimierte Kraftwerkstechnik. Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie und moderne deutsche Energietechnologie wird weltweit gebraucht.
- Dem steigenden Anteil von Energie und Material an den Produktionskosten wollen wir mit einer Förderinitiative „Ressourceneffizienz“ entgegenwirken.
- Durch eine umweltbewusste strategische Ausrichtung der öffentlichen Nachfrage können wir fast 60 Milliarden Euro pro Jahr im öffentlichen Einkauf innovativ einsetzen.

Ein Beschäftigungsmotor: der Dienst von Menschen für Menschen

Wir brauchen mehr und gut ausgebildetes Gesundheits- und Pflegepersonal. Dieses Beschäftigungspotenzial setzt einen soliden und solidarisch finanzierten Gesundheitssektor voraus. Die Grundlage dafür ist die Bürgerversicherung: Jeder zahlt nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit ein und bekommt unabhängig von seinem Einkommen die bestmögliche Versorgung.

Nachfrage in Deutschland stärken – Vollbeschäftigung als Ziel

Eine gerechtere Einkommensverteilung stärkt unsere Wirtschaft durch wachsende Binnennachfrage. Deshalb setzen wir auf starke Gewerkschaften, mehr Mitbestimmung, den Erhalt der Tarifautonomie, gute Tariflöhne und eine steigende Lohnquote. Tariftreue soll bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium werden.

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Wir wollen, dass Menschen gute Arbeit haben und nicht dauerhaft mit Sozialleistungen abgespeist werden. Das Normalarbeitsverhältnis muss unbefristet und sozial abgesichert bleiben. Wer Vollzeit arbeitet, muss

davon leben können. Die Zukunft unseres Landes liegt nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Unsere Stärken sind gut qualifizierte Beschäftigte, hohe Produktivität und Innovationsfähigkeit. Ein allgemeiner, flächendeckender Mindestlohn ist notwendig, um dort, wo keine tarifliche Bindekraft mehr besteht, Lohndumping zu verhindern. Wir treten dem Missbrauch von Leiharbeit entgegen und wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen.

Deutschland braucht eine neue Ordnungspolitik

Die Krise, die auf den Finanzmärkten begann und die Weltwirtschaft mitgerissen hat, zeigt: unregulierte Märkte verursachen unkalkulierbare Risiken. Die Steuerzahler müssen weltweit mit Milliarden dafür haften. Zur Umkehr zu einem nachhaltigen Wachstum brauchen wir eine neue verbindliche Ordnung. Wir wollen eine sozialdemokratische Ordnungspolitik, deren Grundprinzipien sind:

- Investitionen anzukurbeln statt Spekulationen zu befeuern: etwa durch Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Mittelstand sowie Steuererhebung auf Finanztransaktionen.
- Wertschöpfung zu stärken statt Wertabschöpfung zu belohnen: Vergütungssysteme müssen so gestaltet werden, dass der langfristige Unternehmenserfolg über kurzfristiger Gewinnmaximierung steht.
- Anreize für sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen setzen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen, auch im Steuerrecht.
- Beim Übergang von ehemaligen Monopol- zu Wettbewerbsmärkten (Telekom, Post, Strom, Gas, Eisenbahn) muss Qualitätswettbewerb gesichert sein. Einen Lohndumping-Wettlauf werden wir nicht zulassen.
- Ein gerechtes System von Löhnen, Steuern und Abgaben. Geringe Einkommen sind von Sozialabgaben zu entlasten, Mindestlöhne müssen Sozialdumping verhindern, Löhne müssen steigen, hohe und höchste Einkommen müssen einen gerechten Anteil an Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Daseinsvorsorge tragen (Bildungssoli).

Bildung ist Leitprojekt guter Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gute Bildung ist der Schlüssel für mehr Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Nur wenn jeder Zugang zu exzellenten Bildungsangeboten bekommt, können wir verhindern, dass Deutschland auf ein Dilemma aus hoher Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel zusteuert.

Wir wollen u. a.:

- Einen neuen Ausbildungspakt, um unser international bewundertes Ausbildungssystem zu erneuern.
- Einen Bund-Länder-Pakt zur Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und der Lehre in Höhe von 3 Milliarden Euro für drei Jahre.
- Die Steigerung des Bundesanteils an den Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich.
- Die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule.

Sozialer Zusammenhalt und mehr Gleichberechtigung

Wir müssen den Menschen in der sich ständig verändernden neuen Arbeitswelt Sicherheit bieten. Nur wenn wir sozial zusammenhalten, bedeutet der Wandel Freiheit zur Selbstverwirklichung und nicht Bedrohung.

Wir wollen, dass Frauen und Männer ein gleichberechtigtes Leben führen können ohne auf Rollenmuster fixiert zu werden, ohne Gewalt und Diskriminierung. Grundlegend ist die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben.

Sozialen Einstieg ermöglichen und Kinderarmut bekämpfen

70.000 Jugendliche verlassen pro Jahr ohne Abschluss die Schule. Besonders betroffen sind Zuwandererkinder. Auch bei gleichen Leistungen haben sie geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Wir fordern deshalb Priorität für den Einstieg in Bildung: u.a. durch den Ausbau der Kitaplätze, die Gebührenfreiheit für frühe Förderung, die Erweiterung des Schüler-BAföG für einkommensschwache Familien und den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Außerdem wollen wir die bessere Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, die Einwanderer in ihren Herkunftsländern erworben haben.

Im Kampf gegen Kinderarmut brauchen wir gute Betreuungs- und Bildungsangebote von Anfang an. Alleinerziehende wollen wir besonders unterstützen, da sie von Armut häufiger betroffen sind. In der Familienförderung gilt für uns der Grundsatz: „Jedes Kind ist gleich viel wert“. Dazu wollen wir u.a. den Kinderzuschlag ausweiten und eine Kindergrundsicherung einführen, deren Leistungen dem tatsächlichen Bedarf für eine kindgerechte Entwicklung entsprechen.

Das vollständige Positionspapier kann unter spdfraktion.de/soziale-spaltung-bekaempfen heruntergeladen werden.